

ANGEMERKT

Von Politik und Rechtsstaat im Stich gelassen

VON NIELS BRITSCH

Sowohl die Energieversorgung Dietzenbach (EVD) als auch die Hausverwaltung FFM GmbH sind profitorientierte Unternehmen, deren Ziel es ist, maximalen Gewinn aus dem Verkauf ihrer Produkte und Leistungen zu erzielen. Die EVD verkauft Energie, im speziellen Fall Fernwärme, und die FFM GmbH verkauft ihre Dienstleistungen rund um die Verwaltung der fünf Hochhäuser im Spessartviertel. Der Streit beider Unternehmen um Geld und offene Rechnungen wird nun auf dem Rücken der Menschen ausgetragen, die dort wohnen, und von denen der überwiegende Teil regelmäßig und pünktlich die Nebenkosten bezahlt. Dass es überhaupt möglich ist, Unbeteiligte bei einem geschäftlichen Konflikt zweier Unternehmen dermaßen in Geiselhaft zu nehmen, ist der eigentliche Skandal. Die EVD missbraucht letztendlich die betroffenen Menschen, um Druck auf die Hausverwaltung auszuüben. Der FFM GmbH (und den Vorgänger-Verwaltungen) werfen Eigentümer schon länger und immer wieder vor, dass Hausgeld- und Nebenkosten-Abrechnungen intransparent oder zu hoch seien. Von der EVD und den Stadtwerken heißt es, schon in der Vergangenheit hätten sich Schulden angehäuft. Marcel Haufschild, Geschäftsführer der Hausverwaltung, inszeniert sich hingegen als Unschuldslamm und weist jegliche Verantwortung von sich. Er gibt stattdessen zahlungssäumigen Eigentümern und der EVD die Schuld an der Eskalation. Glaubwürdig wirken seine Beteuerungen und Schuldzuweisungen allerdings nicht, denn aus seiner Tätigkeit für frühere – rechtlich umstrittene (zahlreiche Prozesse und Urteile zeugen davon) – Hausverwaltungen sollte er eigentlich die Situation im Spessartviertel kennen und entsprechend handeln können. Wer auch immer in dieser unrühmlichen Geschichte gegenseitiger Schuldzuweisungen Recht hat: Normalerweise sollten Streitigkeiten zwischen Gläubigern und Schuldnern auf dem üblichen ordentlichen Rechtsweg geklärt und nicht auf dem Rücken unschuldiger Menschen ausgetragen werden. Doch Kommunalpolitik und Rechtsstaat lassen die Betroffenen im Stich. Erste Befürchtungen über Krawalle als Reaktion sind bereits laut geworden. Sollte es tatsächlich zu Ausschreitungen im Spessartviertel kommen, wird die Empörung wieder groß sein. Allerdings darf sich von den Verantwortlichen

dann niemand wundern, dass sich eine kleine Minderheit der Menschen, die für die verfehlte Geschäftspolitik von Unternehmen in Sippenhaft genommen werden, nicht gemäß den Regeln des Rechtsstaats verhält – denn der stößt im Spessartviertel anscheinend an seine Grenzen.